

Text

2026 Rechte und Zugänge

2027 (217) Demokratie ermöglicht ein Leben in Würde und Freiheit. Vielfältige
2028 Demokratie
2029 bedeutet, dass wir als Gesellschaft unsere Lebensumstände mit gleichen
2030 Beteiligungsmöglichkeiten gemeinsam gestalten. Souverän eines demokratischen
2031 Staates sind
2032 die Staatsbürger*innen, der Verantwortungsbereich der Demokratie ist die gesamte
2033 Bevölkerung. Demokratie ist nicht auf einen formalen Prozess reduzierbar,
2034 sondern
2035 Leitprinzip für ein Miteinander in gleicher politischer Freiheit.

2036 (218) Staatlich garantierte Freiheitsrechte, Minderheitenschutz und
2037 Daseinsvorsorge, die
2038 Beseitigung von Armut und Diskriminierung, der Zugang zu Bildung und
2039 öffentlicher Meinungs-
2040 und Willensbildung sowie ein ausreichendes Maß an Zeit für politische
2041 Beteiligung gehören zu
2042 einer freiheitlichen und vielfältigen Demokratie.

2043 (219) Die Folgen demokratischer Entscheidungen reichen oft über den regionalen
2044 oder
2045 nationalen Rahmen hinaus. Daher müssen die globalen Auswirkungen in
2046 Entscheidungsprozessen
2047 immer berücksichtigt werden. Globalisierung erfordert transnationale
2048 demokratische
2049 Handlungsfähigkeit. Nur mit fairem Interessenausgleich und demokratischer
2050 globaler
2051 Kooperation können wir richtige und wirksame Antworten auf globale
2052 Herausforderungen geben.
2053 Um demokratische Handlungsfähigkeit in einer globalisierten Welt zu stärken,
2054 soll sich die
2055 EU perspektivisch weiterentwickeln zu einer Föderalen Europäischen Republik.

2056 (220) Demokratie ohne Meinungsfreiheit ist undenkbar. In der Demokratie kann
2057 jeder Mensch
2058 seine Meinung frei äußern und jede*r muss Widerspruch zur eigenen Meinung
2059 aushalten. Hass
2060 und Hetze sind nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt.

2061 (221) Demokratie ist angewiesen auf Demokrat*innen. Die Freiräume einer starken
2062 und
2063 lebendigen Zivilgesellschaft sind zu schützen. Demokratie beginnt vor Ort. Ohne
2064 ehrenamtliches Engagement würde unser Gemeinwesen nicht funktionieren.
2065 Demokratie lebt von
2066 Menschen, die sich für andere engagieren und unser Gemeinwesen mitgestalten – in
2067 Bürgerinitiativen und Parteien, in Vereinen, Feuerwehren und Kirchen, in NGOs,

2068 Gewerkschaften und Unternehmen, bei Demonstrationen, im Sportverein und in
2069 Bewegungen.

2070 Solches Engagement ist der Kitt, der unsere pluralistische Gesellschaft
2071 zusammenhält,

2072 deshalb muss Gemeinnützigkeit umfassend rechtlich abgesichert werden.

2073 (222) Friedlicher zivilgesellschaftlicher Protest ist eine wichtige Ressource in
2074 einer

2075 lebendigen Demokratie.

2076 (223) Die beste Verteidigung der parlamentarischen Demokratie ist ihre
2077 Weiterentwicklung. Es

2078 gilt, der Verknöcherung demokratischer Institutionen und Verfahren

2079 entgegenzuwirken, um die

2080 Demokratie lebendig zu halten. Durch Offenheit für neue

2081 Beteiligungsmöglichkeiten wird

2082 Vertrauensverlusten und einer einseitigen Interessenslage in demokratischen

2083 Prozessen

2084 entgegengewirkt.

2085 (224) Repräsentationsdefizite machen die parlamentarische Demokratie angreifbar.

2086 Ein

2087 demokratisches Miteinander muss die Voraussetzungen für sein Fortbestehen immer

2088 wieder neu

2089 schaffen und Ausschlüssen und Repräsentationsdefiziten in den eigenen Strukturen

2090 entgegenwirken. Eine vielfältige Gesellschaft muss sich in ihren demokratischen

2091 Institutionen und Einrichtungen abbilden.

2092 (225) Frauenrechte sind der Gradmesser der Demokratie. Frauen sollen an allen

2093 demokratischen

2094 Prozessen gleichberechtigt beteiligt und angemessen in den Parlamenten und

2095 gesellschaftlichen Führungspositionen vertreten sein. Voraussetzung hierfür sind

2096 Lebensbedingungen, die es ermöglichen, Erwerbsarbeit sowie Familien-,

2097 gesellschaftliche und

2098 politische Arbeit zu vereinbaren.

2099 (226) Um sich demokratisch engagieren und sich souverän und selbstbestimmt

2100 entscheiden zu

2101 können, braucht es die Möglichkeit zur unabhängigen Information. Digitale

2102 Plattformen, die

2103 nicht von kommerziellen Interessen gesteuert sind, unabhängiger Journalismus in

2104 freien

2105 Medien, ein unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk sowie solide

2106 Medienbildung von

2107 Kindesbeinen an sind Impfschutz gegen demokratiefeindliche Kampagnen und Fake

2108 News.

2109 (227) Voraussetzung für Demokratie sind ein gewaltfreier Diskurs und die

2110 Akzeptanz der

2111 Menschenwürde sowie der unverletzlichen und unveräußerlichen Grund- und

2112 Menschenrechte. Eine

2113 Gesinnung, die dem oder der Einzelnen seine bzw. ihre individuellen Bedürfnisse

2114 und

2115 Interessen abspricht und die definieren will, wer dazugehört und wer nicht, ist

2116 undemokratisch. Rassismus und Ausgrenzung widersprechen der Idee von politischer
2117 Gleichheit.
2118 Zivilcourage und rechtsstaatliche Maßnahmen gegen Hass und Entmenschlichung sind
2119 zentral für
2120 die Wehrhaftigkeit der vielfältigen Demokratie.

2121 (228) Die Interessen von Menschen, die sozial an den Rand gedrängt sind, die
2122 kaum Zugang zu
2123 guter Bildung haben oder die unter den Anstrengungen von prekärer Arbeit leben,
2124 sind häufig
2125 unterrepräsentiert. Eine Garantie auf ein Existenzminimum, ausreichend Zeit für
2126 politische
2127 Beteiligung sowie die Möglichkeit zur sozialen und kulturellen Teilhabe sind
2128 notwendige
2129 Bedingungen für Demokratie.

2130 (229) Unser Wirtschaftssystem unterliegt Werten und Regeln, wirtschaftliche
2131 Staatsbürgerrechte sind Teil der demokratischen Rechte des Einzelnen. Die
2132 sozial-ökologische
2133 Marktwirtschaft ist über betriebliche Mitbestimmung, Aktionärsbeteiligung sowie
2134 gewerkschaftliche Vertretung organisiert. All das braucht starke Gewerkschaften.
2135 Im Sinne
2136 der Gemeinwohlökonomie soll selbstverständlich sein, dass alle Stakeholder und
2137 Betroffenen
2138 ein Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen erhalten.

2139 (230) Verdeckte, einseitige Einflussnahme wirtschaftlich machtvoller Interessen
2140 gefährdet
2141 die Demokratie. Für klare Schranken sorgen Transparenz von beispielsweise
2142 personellen
2143 Verflechtungen oder Nebentätigkeiten politischer Entscheidungsträger*innen sowie
2144 die
2145 entschiedene Verfolgung von Korruption. So kann Lobbyismus von finanzstarken
2146 Akteur*innen,
2147 der anderen Interessen politische Spielräume nimmt und für unfaire
2148 Aushandlungsprozesse
2149 sorgt, kontrollier- und sanktionierbar werden.

2150 (231) Die Ausbildung einer transnationalen und europäischen Öffentlichkeit ist
2151 eine wichtige
2152 Voraussetzung für eine funktionierende Zusammenarbeit und die Demokratisierung
2153 der EU.

2154 **Repräsentanz und Beteiligung**

2155 (232) Über Repräsentation und demokratisch geregelte Verfahren können sich
2156 Meinungen,
2157 Interessen und Vorstellungen zu Entscheidungen und Mehrheiten angemessen und
2158 gerecht
2159 bündeln. Das ist Grundlage demokratischer Machtausübung. Die parlamentarische
2160 Demokratie
2161 schafft so legitime Herrschaft der Menschen über sich selbst.

2162 (233) Unsere Demokratie hat ein erhebliches Repräsentationsdefizit, wenn
2163 Millionen
2164 Jugendliche und Kinder ausgeblendet werden, obwohl sie von Geburt an
2165 Staatsbürger*innen
2166 sind. Entsprechend sollte im nächsten Schritt ein bundesweites Wahlrecht ab 16
2167 gelten und
2168 sollten weitere Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen ausgebaut werden.

2169 (234) Parlamente sind zentrale Orte der politischen Debatte und das Rückgrat
2170 unserer
2171 vielfältigen Demokratie. Abgeordnete brauchen Unabhängigkeit und starke
2172 Kontrollrechte
2173 gegenüber der Regierung. Parlamentarismus braucht das Ringen um beste Lösungen
2174 zwischen
2175 Regierung und Opposition. Gleichzeitig trägt inhaltliche Zusammenarbeit abseits
2176 von starren
2177 Fraktionsgrenzen wie im Europaparlament und in anderen europäischen Parlamenten
2178 zum Finden
2179 dieser Lösungen bei. Für das Vertrauen in demokratische Verfahren ist es
2180 zentral, die
2181 Nachvollziehbarkeit von Regeln, Prozessen und Ergebnissen gewährleisten zu
2182 können.

2183 (235) Ziel einer lebendigen Demokratie ist es, möglichst vielen Menschen die
2184 Möglichkeit zu
2185 geben, ihre konkrete Lebensrealität und ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.
2186 Demokratie
2187 braucht Parteien. Sie sind der Ort, wo Menschen ihre politischen Haltungen,
2188 Interessen und
2189 Ziele organisieren und diese in die öffentliche und parlamentarische
2190 Auseinandersetzung
2191 tragen können. Parteien wirken bei der Meinungsbildung mit, bündeln Interessen
2192 und
2193 Werthaltungen und treten in einen demokratischen Wettstreit zur Besetzung von
2194 Parlaments-
2195 und Staatsämtern.

2196 (236) Parteien brauchen eine auskömmliche staatliche Finanzierung. Parteispenden
2197 von
2198 Unternehmen sind immer auch Einflussnahme und Lobbyismus. Spenden an Parteien
2199 von
2200 natürlichen Personen sind mit einer jährlichen Obergrenze zu versehen, um die
2201 Unabhängigkeit
2202 von ökonomisch mächtigen Interessen zu garantieren. Solange Unternehmensspenden
2203 erlaubt
2204 sind, sprechen wir uns für eine Begrenzung der Wahlkampfbudgets von Parteien
2205 aus.

2206 (237) Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die repräsentative
2207 Demokratie. Mit
2208 Bürgerräten soll die Möglichkeit geschaffen werden, bei ausgewählten Themen die
2209 Alltagsexpertise von Bürger*innen noch direkter in die Gesetzgebung einfließen
2210 zu lassen.

2211 Zufällig ausgewählte Bürger*innen beraten in einem festgelegten Zeitraum über
2212 eine konkrete
2213 Fragestellung und erarbeiten Handlungsempfehlungen und Impulse für die
2214 öffentliche
2215 Auseinandersetzung und die parlamentarische Entscheidung. Es gilt
2216 sicherzustellen, dass die
2217 Teilnehmer*innen sich frei, gleich und fair eine Meinung bilden können und dass
2218 ihnen
2219 ausreichend Raum für eine intensive Auseinandersetzung mit der Fragestellung
2220 gegeben wird.
2221 Bürgerräten kommt eine rein beratende Funktion für die öffentliche Debatte und
2222 Gesetzgebung
2223 zu. Regierung und Parlament müssen sich mit den Ergebnissen auseinandersetzen,
2224 ihnen aber
2225 nicht folgen. Bürgerräte können auf Initiative der Regierung, des Parlaments
2226 oder als
2227 Bürgerbegehren zu einer konkreten Fragestellung eingesetzt werden. Das soll auch
2228 auf
2229 Bundesebene möglich sein.

2230 **Föderale Europäische Republik**

2231 (238) Die Herausforderungen unserer Zeit können wir nur gemeinsam meistern.
2232 Daher brauchen
2233 wir eine gestärkte politische Europäische Union. Es gilt, die EU im Zuge
2234 weiterer
2235 Integrationsschritte gemeinsam mit den europäischen Bürger*innen zu stärken und
2236 perspektivisch zur Föderalen Europäischen Republik weiterzuentwickeln.

2237 (239) Die Föderale Europäische Republik schafft einen Rahmen, in dem sich nicht
2238 einzelne
2239 mächtige Interessen oder Regierungen durchsetzen, sondern das Allgemeinwohl. In
2240 ihr werden
2241 gleiche Rechte für alle Bürger*innen über die EU-Grundrechtecharta verbindlich
2242 garantiert,
2243 und zwar unabhängig davon, in welchem Land der Republik jemand lebt. So wird die
2244 Souveränität der Bürger*innen gestärkt. Es gilt das Prinzip der Subsidiarität,
2245 wonach
2246 Aufgaben und Zuständigkeiten auf der jeweils untersten möglichen Ebene –
2247 Kommune, Land,
2248 Bund, EU – behandelt werden.

2249 (240) Der zentrale Ort für alle europäischen Entscheidungen ist das Parlament.
2250 Es ist in
2251 einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein gleichberechtigter Teil der
2252 gesetzgebenden
2253 Gewalt. Das Europäische Parlament wird ermächtigt, selbst Gesetze auf den Weg zu
2254 bringen,
2255 alle Politikbereiche der Union und das Budget zu kontrollieren. Die EU-
2256 Kommission soll in
2257 der Föderalen Europäischen Republik Teil eines parlamentarischen

2258 Regierungssystems sein. Der
2259 Haushalt speist sich auch aus eigenen Mitteln und wird vom Europäischen
2260 Parlament
2261 beschlossen. Er verfügt über eigene Steuereinnahmen und ist groß genug ist, um
2262 makroökonomisch zu stabilisieren und in schweren Krisen Zuschüsse in die
2263 nationalen
2264 Haushalte zu leisten.

2265 **Bundesstaat**

2266 (241) Wir denken Politik von unten nach oben. Dörfer und Städte, in denen wir
2267 leben, geben
2268 Halt in einer komplexen Welt, daher sind Kommunen zu stärken. Den Stimmen der
2269 Regionen
2270 wollen wir auf europäischer Ebene mehr Gewicht verleihen. Demokratische
2271 Entscheidungen
2272 müssen so nah wie möglich an den Bürger*innen getroffen werden und immer dort,
2273 wo sie am
2274 besten zu verwirklichen sind – in den Gemeinden und Städten, auf Landesebene, in
2275 den
2276 Nationalstaaten oder auf Ebene der EU.

2277 (242) Kooperationen zwischen den Ländern und zwischen den Kommunen sollen
2278 gestärkt werden.
2279 Sinnvoll sind sie da, wo sie zu Effizienz- und ökologischen Gewinnen und
2280 gleichwertiger
2281 Versorgung führen, etwa bei gemeinsamen Gewerbe- und Baugebieten, regionaler
2282 Daseinsvorsorge, Klimaschutz und Bewältigung der Klimafolgen, bei
2283 Digitalisierung und
2284 Mobilität.

2285 (243) Länder und Kommunen brauchen eine eigene politische Gestaltungsfähigkeit
2286 sowie einen
2287 größeren Handlungsspielraum, insbesondere bei den sogenannten freiwilligen
2288 Leistungen. Das
2289 Konnexitätsprinzip zwischen Bund und Ländern führt dazu, dass eine auskömmliche
2290 und
2291 aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen gesichert ist. Es gilt
2292 allerdings nicht
2293 umgekehrt, dass also Kommunen oder Länder, die Aufgaben nicht wahrnehmen, sich
2294 an der
2295 Aufgabenerfüllung auf anderer Ebene beteiligen müssen. Das wollen wir ändern,
2296 dafür wollen
2297 wir einen Altschuldenfonds einführen sowie ein Investitionsprogramm
2298 Daseinsvorsorge
2299 auflegen.

2300 **Rechtsstaat und Sicherheit**

2301 (244) Erst wenn sich Menschen sicher fühlen, leben sie frei, selbstbestimmt und
2302 in Würde.

2303 Sicherheit muss für alle gleich garantiert sein, egal, wo jemand wohnt, was
2304 jemand glaubt,
2305 wen jemand liebt, wie jemand aussieht oder woher jemand und seine Vorfahren
2306 kommen. Freiheit
2307 und Sicherheit bedingen sich.

2308 (245) Der Rechtsstaat ist der Garant für den Schutz der individuellen
2309 Freiheitsrechte und
2310 der vielfältigen Demokratie. Ein funktionierender Rechtsstaat bedeutet: Alle
2311 Menschen sind
2312 gleich vor dem Gesetz und haben dieselben Rechte und Pflichten. Der Rechtsstaat
2313 schützt die
2314 Grund- und Abwehrrechte des oder der Einzelnen gegenüber staatlichen Eingriffen
2315 und
2316 exekutivem Handeln. Damit dieser Rechtsstaat funktioniert, braucht es eine
2317 unabhängige und
2318 gut ausgestattete Justiz, die in der Lage ist, Recht zu sprechen, exekutive,
2319 behördliche
2320 oder legislative Maßnahmen effektiv zu prüfen und gegebenenfalls wirksam zu
2321 korrigieren.
2322 Vertrauen in den Rechtsstaat setzt Rechtsdurchsetzung voraus.

2323 (246) Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte haben mit dem
2324 Grundgesetz der
2325 Bundesrepublik Deutschland sowie der Europäischen Grundrechtecharta ein starkes
2326 Fundament.
2327 Doch auch ein Fundament muss gepflegt und modernisiert werden. Die Verfassung
2328 definiert
2329 unser Gemeinwesen als wehrhafte Demokratie. Demokratie ist unsere Stärke und ihr
2330 konsequenter Schutz ist handlungsleitend.

2331 (247) Damit Rechtsstaatlichkeit in den europäischen Demokratien nicht noch
2332 weiter unter
2333 Druck gerät, muss die Vergabe von EU-Mitteln stärker an rechtsstaatliche
2334 Prinzipien geknüpft
2335 werden und der Anwendungsbereich der EU-Grundrechtecharta auf nationales Recht
2336 ausgeweitet
2337 werden. So erhalten alle EU-Bürger*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte.

2338 (248) Die öffentliche Sicherheit und den Schutz vor Gewalt zu gewährleisten,
2339 gehört zu den
2340 wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates. Jede*r hat das Recht auf ein Leben frei
2341 von Gewalt.
2342 Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Dies ernst zu nehmen bedeutet, ein Ende des
2343 privaten
2344 Besitzes von tödlichen Schusswaffen mit Ausnahme von Jäger*innen und
2345 Förster*innen sowie
2346 illegalen Waffenbesitz stärker zu kontrollieren und zu ahnden.

2347 (249) Rechtsextremismus und Rassismus sind die größte Gefahr für die liberale
2348 Demokratie und
2349 die Sicherheit in Deutschland. Rassismus, der von rechtsextremistischen
2350 Netzwerken und

2351 Verfassungsfeinden in und außerhalb der Parlamente geschürt wird, ist der
2352 geistige Nährboden
2353 für terroristische Anschläge. Die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen
2354 muss Priorität
2355 für alle Sicherheitsorgane haben.

2356 (250) Islamismus stellt sich gegen Demokratie, Menschenrechte und Freiheit. Der
2357 Staat muss
2358 in der Lage sein, jede Form von Terror und Fundamentalismus abzuwehren. Dazu
2359 gehören neben
2360 sicherheitspolitischen Maßnahmen auch Prävention und Deradikalisierungsprogramme
2361 in aktiver
2362 Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendeinrichtungen und Moscheevereinen.

2363 (251) Der Schutz unserer Verfassung und der Grundwerte ist unser aller Auftrag.
2364 Es gilt, die
2365 Aufgaben des Verfassungsschutzes zwischen Gefahrenerkennung und Spionageabwehr
2366 mit
2367 nachrichtendienstlichen Mitteln einerseits und der Beobachtung von demokratie-
2368 und
2369 menschenfeindlichen Bestrebungen mit wissenschaftlichen Methoden unter der
2370 ausschließlichen
2371 Nutzung von öffentlichen Quellen andererseits voneinander zu trennen, so dass
2372 die
2373 Öffentlichkeit in der Lage ist, darauf zu reagieren. Es braucht eine starke
2374 parlamentarische
2375 Kontrolle der Geheimdienste.

2376 (252) Polizei und Sicherheitsorgane garantieren die Sicherheit im Innern. Als
2377 sichtbarer Arm
2378 des staatlichen Gewaltmonopols ist die Polizei in besonderer Weise Hüterin und
2379 Verteidigerin
2380 von Rechtsstaat und wehrhafter Demokratie. Dafür braucht sie eine gute
2381 Ausstattung und
2382 ausreichend Personal – in der Stadt wie auf dem Land. Sie ist auf das Vertrauen
2383 aller
2384 Bürger*innen angewiesen. Bei Fehlverhalten müssen Fehler, strafbares Verhalten
2385 und
2386 strukturelle Mängel ohne falsche Rücksichten aufgeklärt und geahndet werden.

2387 (253) Unser Leitbild ist das einer faktenbasierten Kriminal- und
2388 Sicherheitspolitik, die auf
2389 Prävention, Rechtsstaat und Information setzt. Sie koordiniert Verantwortung und
2390 geht den
2391 notwendigen Umbau der Sicherheitsarchitektur an. Anlasslose
2392 Massendatenspeicherung schränkt
2393 individuelle Freiheitsrechte der Bürger*innen ein.

2394 (254) Durch den grenzüberschreitenden Ausbau der Zusammenarbeit von Polizei und
2395 Justiz durch
2396 gemeinsame europäische Polizeiteams, ein Europäisches Kriminalamt und
2397 europäische
2398 Staatsanwaltschaften wird in der Sicherheitspolitik zunehmend europäisch

2399 koordiniert und
2400 kooperiert. Bei der Reform der föderalen Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden
2401 werden
2402 einheitliche Standards geschaffen, so dass verstärkt gemeinsam ermittelt werden
2403 kann.

2404 (255) Strafrecht als schärfster Eingriff des Staates in die Freiheitsrechte darf
2405 nur
2406 äußerstes Mittel sein, denn es ist nicht das Allheilmittel zur Lösung
2407 gesellschaftlicher
2408 Probleme aller Art. Damit das Strafrecht wirkt und Sicherheit schafft, müssen
2409 Haftbefehle
2410 zügig vollzogen werden. Die Justiz ist entsprechend auszustatten. Damit die
2411 Justiz gut
2412 funktionieren kann, muss sie in der Lage sein, sich auf das Wesentliche zu
2413 konzentrieren.
2414 Deswegen ist das Strafrecht zu entrümpeln, indem Bagatelldelikte wie
2415 Schwarzfahren
2416 entkriminalisiert werden. Straf- und Asylrecht müssen klar voneinander getrennt
2417 werden. Im
2418 Bereich des Strafvollzugs soll Resozialisierung im Mittelpunkt stehen.

2419 (256) Eine wehrhafte Demokratie muss sich auch online schützen. Demokratische
2420 Willensbildungsprozesse dürfen nicht durch intransparente Social-Media-
2421 Kampagnen, den
2422 Einsatz von Troll-Armeen und automatisierte Computerprogramme (Bots) sowie
2423 weitreichende IT-
2424 Angriffe von Regierungen, Geheimdiensten oder ihnen nahestehenden Gruppierungen
2425 manipuliert
2426 werden. Hierfür braucht es Digitalkompetenz in den zuständigen Behörden,
2427 gesetzliche
2428 Transparenzverpflichtungen, klare internationale Übereinkünfte und eine
2429 rechtsstaatliche
2430 Verfolgung über Ländergrenzen hinweg.

2431 (257) Die Rechtsdurchsetzung muss auch im Netz umfassend gegeben sein. Hass im
2432 Netz trifft
2433 gerade Frauen und diskriminierte Gruppen besonders stark. Wenn sich Verbrechen
2434 ins Internet
2435 verlagern, müssen auch die Ermittlungsfähigkeiten, entsprechend der analogen
2436 Welt, unter
2437 Wahrung des Rechtsschutzes, auf das Netz ausgerichtet sein.

2438 (258) Jede dritte Frau wird einmal in ihrem Leben Opfer von körperlicher oder
2439 sexualisierter
2440 Gewalt. Bildung, Aufklärung, ein Rechtsanspruch auf Schutz und eine verlässliche
2441 Infrastruktur aus Beratungs- und Schutzeinrichtungen können Gewalt gegen Frauen
2442 und Mädchen
2443 verhindern. Dazu gehört auch Prävention und Täterarbeit. Männer, insbesondere
2444 Jungen, die
2445 von (sexualisierter) Gewalt betroffen sind, brauchen eigene Hilfs-, Beratungs-
2446 und
2447 Schutzangebote.

2448 (259) Der Rechtsstaat zeigt sich in einer bürgerorientierten, leistungsstarken
2449 und für alle
2450 zugänglichen öffentlichen Verwaltung. Für verlässliche, transparente Behörden
2451 braucht es
2452 eine angemessene finanzielle, personelle und strukturelle Ausstattung. Die
2453 Aufgaben sind zu
2454 bewältigen, wenn sich die Verwaltung umfassend digitalisiert und automatisiert
2455 und
2456 ressortübergreifend arbeitet. Öffentliche Verwaltung muss auf Augenhöhe mit
2457 finanziell
2458 mächtigen Interessen in Konzernen und Banken agieren.

2459
2460 (260) Staatliche Institutionen müssen für die Vielfalt der Gesellschaft stehen.
2461 Institutionelle Diskriminierung, insbesondere Rassismus, ist trotz formaler
2462 rechtlicher
2463 Gleichheit für viele Bürger*innen Realität. Es bleibt eine wichtige Aufgabe,
2464 durch Vielfalt
2465 und Repräsentanz sowie mit Sensibilisierungsprogrammen und Monitoring dafür zu
2466 sorgen, dass
2467 staatliche Strukturen alle Bürger*innen schützen und gleich behandeln.